

9. Für einen guten Lebensstandard im Alter

Ein gutes Leben und Wohnen im Alter ist nur möglich, wenn Rentnerinnen und Rentner über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Aus Sicht der AG SPD 60 plus hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Kombination aus gesetzlicher Rente und zusätzlicher privater Absicherung kein Beitrag gegen Altersarmut ist, weil sich Menschen mit geringem Einkommen keine zusätzliche private Absicherung – trotz staatlicher Zuschüsse – leisten können. Wir fordern daher die Stärkung der gesetzlichen Rente und ihre Gestaltung als lebensstandardsichernde Versorgung. Nur so können steigende Kosten für Miete, Energie und den Lebensstandard verkräftet werden.

Die Absenkung des Rentenniveaus muss aus unserer Sicht aufgehalten werden und die gesetzliche Rentenversicherung den Lebensstandard sichern. Der die Rentenentwicklung dämpfende „Riester-Faktor“ gehört daher abgeschafft. Gleichzeitig müssen wir mit dem Aufbau einer demografischen Reserve, einer stets fairen Gegenfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen aus Steuergeldern und einer Verbesserung der Einnahmehasis der gesetzlichen Rentenversicherung – auch durch Maßnahmen wie Mindestlohn und der Steigerung der Erwerbstätigenquote – die Basis für eine starke Rente schaffen.

Mit dem Aufbau einer demografischen Reserve sorgen wir für die nächsten Jahre vor und ermöglichen bezahlbare Rentenbeiträge als auch eine Sicherung des Rentenniveaus. Der Beitrag kann bis 2030 auf 22 Prozent begrenzt bleiben, wie die Berechnungen des DGB bewiesen haben. Die Senkung des Beitrages zur Rentenversicherung durch die schwarz-gelbe Bundesregierung lehnen wir dagegen als fahrlässig und kurzfristig ab.

Die Ursache von Armut im Alter liegt in der Regel in der Erwerbsbiografie. Mit Dumpinglöhnen kann man/frau sich keine ausreichenden Rentenansprüche erwerben. Wer wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kindererziehung oder der Pflege Angehöriger eine gebrochene Erwerbsbiografie hat, muss im Alter mit geringeren Einnahmen rechnen. Langzeitarbeitslosigkeit führt direkt in Altersarmut. Ein vernünftiges Lohnniveau, kombiniert mit einer besseren Berücksichtigung gesellschaftlicher Leistungen wie Kindererziehung und Pflege sowie der abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente ist daher ein Beitrag zur Prävention von Altersarmut. Einkommensverbesserungen für Beschäftigte, die später auch zu besseren Renten führen. Langzeitarbeitslose dürfen nicht aufgegeben werden, sondern müssen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wieder besser gefördert und qualifiziert werden.

Wir lehnen den Vorschlag von CDU/CSU strikt ab, eine von uns ebenfalls geforderte Verbesserung der Mütterrenten durch die Rentenversicherung zu finanzieren. Versicherungsfremde Leistungen müssen aus Sicht der AG SPD 60 plus immer gesamtgesellschaftlich aus Steuergeldern finanziert werden. Eine Finanzierung aus der Rentenversicherung wäre eine Plünderung, mit der die Rentenversicherung zu Lasten aller Versicherten – auch der Mütter – geschwächt würde. Aus diese Grund muss zudem die Praxis der schwarz-gelben Bundesregierung, in die Rentenkasse zu greifen um mit dem Geld den Bundeshaushalt besser aussehen zu lassen, umgehend beendet werden. Die Zuschüsse des Bundes dienen der Gegenfinanzierung versicherungsfremder Leistungen und dürfen nicht nach Belieben gekürzt und gestrichen werden. Eine solche verantwortungslose Praxis schadet allen Rentnerinnen und Rentner im Land.

Um die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbessern, schlagen wir vor, die gesetzliche Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einbezogen werden, weiterzuentwickeln. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir nicht verschiedene Rentensysteme nebeneinander haben.

•Die AG SPD 60 plus begrüßt das SPD-Rentenkonzept, in das wir uns eingebracht haben. Wir brauchen unverzüglich eine steuerfinanzierte Solidar-Rente in Höhe von 850 Euro für langjährig Versicherte, einen abschlagsfreien Rentenzugang mit

63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren, die Befreiung der Erwerbsminderungsrente von Abschlägen, die Aussetzung der Rente mit 67 so lange es keine ausreichenden Beschäftigungschancen für Ältere gibt, den Ausbau der Teilrente ab 60 zugunsten von mehr Flexibilität beim Renteneintritt und nicht zuletzt die Rentenangleichung Ost West.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass das Rentenniveau nicht nur bis 2020 gesichert wird, sondern auch darüber hinaus und sich für eine lebensstandardsichernde Rente stark zu machen. In diesem Zusammenhang fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion zudem dazu auf, sich für eine Abschaffung des rentensenkenden „Riester-Faktors“ und des "Nachhaltigkeits-Faktors" einzusetzen.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich weiterhin für den Aufbau einer demografischen Reserve durch die Erhöhung des Beitrages zur Rentenversicherung analog zu Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auf 22 Prozent einzusetzen, um damit Vorsorge für die Zukunft zu schaffen.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine dreijährige Anerkennung von Erziehungszeiten für Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden und von Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen und sich dabei jeweils einen Finanzierung aus Steuern stark zu machen.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich mit einem Bündel von Maßnahmen präventiv gegen Armut im Alter einzusetzen. Dazu gehören der gesetzliche Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit, ein Entgeltgleichheitsgesetz, Maßnahmen zur Förderung der Erwerbstätigenquote sowie eine finanzielle Stärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine stets ausreichende Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung aus Steuermitteln einzusetzen und sich gegen eine Abzweigung von Mitteln der gesetzlichen Rentenversicherung in den Bundeshaushalt stark zu machen.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung einzusetzen.

Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag SPD-Bundestagsfraktion SPD-Landtagsfraktionen Bundes-SGK